

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die Deutschlandpolitik von 1982 bis 1990

Einführung

Von Günter Buchstab

Die Deutschlandpolitik der achtziger Jahre und der Prozess der deutschen Einigung 1989/90 gehören zu den vergleichsweise gut erforschten Feldern der jüngeren deutschen Geschichte. Zu erinnern ist neben vielen anderen Publikationen nur an die drei Bände „Deutschlandpolitik“ der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ – eine wahre Fundgrube auch für die 80er Jahre, die leider zu wenig ausgebeutet wird. Warum also soll speziell dieser Zeitraum Thema der heutigen Veranstaltung sein? Bewogen hat uns dazu der Eindruck, dass in der öffentlichen Wahrnehmung sich zu verfestigen scheint – auch unter dem Aspekt der medialen Fixierung auf historische Jahrestage, was mit Verkürzung und Ausblendung prozesshafter Entwicklungen einhergeht (2009 wird dies der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution sein) –, dass der Fall der Mauer und die deutsche Einheit 1989/90 gewissermaßen vom Himmel gefallen und vor allem der Bürgerbewegung in der DDR zuzuschreiben seien. Ihr Anteil am Ende der DDR soll – damit kein falscher Eindruck entsteht – keineswegs gering geschätzt werden. Doch fragt man sich, warum die atemberaubende Entwicklung des Jahres 1989 sich gerade zu diesem Zeitpunkt, gegen Ende der Dekade, entfalten konnte. Eine Stunde Null gab es – wie überhaupt in der Geschichte – auch hier sicher nicht, sondern neben vielschichtigen längerfristigen Voraussetzungen auch kurzfristige Anstöße, die bei den Erklärungsversuchen für die dramatischen Vorgänge zu berücksichtigen sind. Sie sollen hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufen werden. Zu erwähnen sind die Auswirkungen der KSZE, die Wahl des polnischen Papstes und sein Einfluss auf die Unabhängigkeitsbewegungen in Polen und dann in ganz Osteuropa, die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die Hochrüstungspolitik Reagans und der wirtschaftliche Niedergang des „Realsozialismus“, die „Perestrojka“ unter Gorbatschow, dessen Außenminister Schewardnadse schon 1986 intern erklärte, die Idee eines geeinten Deutschland müsse ernsthaft geprüft werden, die Bürgerbewegung in der DDR und die Flüchtlingsströme in die Bundesrepublik. Entscheidende Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit waren gewiss auch die grundlegenden Weichenstellungen, die auf Konrad Adenauer zurückgingen, wie die Integration der Bundesrepublik in

die Europäische Union und das atlantische Bündnis in enger Beziehung zu den USA, nicht zuletzt Artikel 7 des Deutschlandvertrags (1952 bzw. 1954), der die Verpflichtung der Bundesrepublik und der drei Westmächte enthält, das gemeinsame Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands zu verwirklichen, „das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.

Kontrovers wird in diesem Kontext nach wie vor die Anfang der 70er Jahre heftig umstrittene Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition beurteilt. Für die SPD/FDP-Regierung war Voraussetzung einer Wiedervereinigung die Entspannungspolitik, während die Prämisse der Union lautete, eine Entspannung im Kalten Krieg setze die Wiedervereinigung voraus. Hinter den heftigen Auseinandersetzungen dieser Jahre stand die Frage, ob die Politik von Brandt und Scheel die Spaltung zwischen den beiden deutschen Staaten festige oder aufbreche. Durch das Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts von 1973 war es jedenfalls keiner Regierung erlaubt, die Einheit Deutschlands „als Ziel und Auftrag“ aufzugeben, was die Spielräume gegenüber den Forderungen der DDR einengte. Dass diese Festlegung von vielen, vor allem auch von namhaften Publizisten, zu nennen ist hier nur Theo Sommer von der „Zeit“, nicht ernst genommen wurde, sei nur am Rande erwähnt. 1984 behauptete er, „der Verlust der alten Ostgebiete und die Teilung Restdeutschlands“ seien die „unabwendbaren Folgen von Hitlers verbrecherischer Politik“, und wir müssten uns hüten, „auf den Zerfall des russischen Imperiums zu setzen“. Der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder meinte, man solle die Deutschen „nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen“, Willy Brandt sprach in diesem Zusammenhang von der „Lebenslüge“ der Bundesrepublik, und Joseph Fischer sah gar im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes „ein Unglück für das deutsche Volk“.

Unter den Voraussetzungen, die zum Zusammenbruch der DDR und zur Wiedervereinigung beigetragen haben, wird die Bedeutung der Deutschlandpolitik Helmut Kohls häufig zu gering geschätzt. Ein Grund dafür mag sein, dass er diese Politik unter das Stichwort „Kontinuität“ stellte – *pacta sunt servanda*. Die Politik des *Modus Vivendi* bedeutete für Kohl aber nicht, die Offenhaltung der deutschen Frage aufzugeben, sondern die Rechtspositionen, auch im Bewusstsein des Volkes, aufrechtzuerhalten. Der Kanzler setzte andere Akzente als seine Vorgänger und machte dies deutlich, indem er in seinem ersten Bericht zur Lage der Nation den Zusatz aufnahm „im geteilten Deutschland“. Zwar betonte noch 1988 Volker Rühle, der spätere Generalsekretär der CDU, gegenüber der DDR-Führung, die Bundesrepublik habe nicht die Absicht, die DDR zu „destabilisieren“. Doch genau diese Sorge war schon 1984 in der Sowjetunion nach den Vereinbarungen über die Milliardenkredite für die marode DDR entstanden. Und weil die Sowjetunion befürchtete, die DDR gerate in zunehmende Abhängigkeit von der Bundesrepublik und unter den

wachsenden Einfluss des Westens, erfolgte auf Druck der Moskauer Führung im September 1984 die Absage des vorgesehenen Besuchs Honeckers in Bonn.

Diese Befürchtung Moskaus täuschte nicht. So vordergründig die Finanzhilfen der Bundesrepublik die Lage der DDR stabilisierten, so sehr trugen die auf ihnen beruhenden Folgevereinbarungen zu ihrer Destabilisierung bei, da die Gewährung finanzieller Leistungen stets mit humanitären Gegenleistungen zu kompensieren waren. Diese führten u.a. nicht nur zum Abbau der Selbstschussanlagen an der Demarkationslinie, zu erleichterten Besuchsmöglichkeiten und einer explodierenden Zahl der Westbesucher (1982 etwa 40.000 – 1987 ca. 1,2 Mio.), die ihre unmittelbaren Eindrücke aus der Bundesrepublik in die DDR-Bevölkerung vermittelten und so die Unzufriedenheit mit dem System schürten.

Übersiedler, Flüchtlinge und Reisende von der DDR in die Bundesrepublik (einschließlich West-Berlin) 1980–1989

Jahr	Zuwanderer, davon				Reisen	
	insges.	legale Übersiedler	Flüchtlinge*	Sonstige**	von Rentnern	in dringenden Familienangelegenheiten
1980	12.763	8.775	3.107	881		
1981	15.433	11.093	2.900	1.440		
1982	13.208	9.113	2.565	1.530	1.554.000	45.709
1983	11.343	7.729	2.487	1.127	1.463.000	64.025
1984	40.974	34.982	3.651	2.341	1.540.000	61.000
1985	24.912	18.752	3.484	2.676	1.600.000	66.000
1986	26.178	19.982	4.660	1.536	1.600.000	573.000
1987	18.958	11.459	6.252	1.247	3.800.000	1.200.000
1988	39.832	29.033	9.705	1.094	6.746.843***	
1989	344.023	101.947	65.426	176.650		

* inklusive „Sperrbrecher“

** bis 1988 überwiegend freigeverkaufte Häftlinge

*** Angaben der DDR

(Aus: Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006, S. 608)

Die Magnettheorie, die in den 40er und 50er Jahren George Kennan und Konrad Adenauer vertreten hatten, trug nun Früchte. Ausweis für das Magnetfeld Bundesrepublik war die wachsende Zahl der Übersiedler und Freige-

kaufen und schließlich die 1989 massiv einsetzende Fluchtbewegung, die nicht zuletzt auch unter der Voraussetzung möglich war, dass die Union – gegen andere Vorstellungen – unbeirrt an einer deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten und die Anerkennung einer zweiten deutschen Staatsbürgerschaft verweigert hatte. In der DDR kursierte der bittere Witz, wer denn im Land als Letzter das Licht ausmachen würde.

Sicher waren die Erosionserscheinungen im gesamten Ostblock ein Hauptgrund für den Umbruch 1989/90. Eine nicht unwesentliche Bedeutung für den schnellen Zerfallsprozess der DDR kommt allerdings auch der unterminierenden Rolle der Deutschlandpolitik der Jahre 1982 bis 1990 zu. Sie unter verschiedenen Aspekten zu beleuchten, war Ziel der Veranstaltung in der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 29. Mai 2008.

Tabellarische Übersicht

1983

29. Juni Die Bundesrepublik bürgt für einen Milliardenkredit, den die DDR bei westdeutschen Banken aufnimmt. Zugeständnisse der DDR:
- Aufhebung des Zwangsumtauschs bei Reisen von Jugendlichen bis 14 Jahren (27.9.),
 - Verordnung über Familienzusammenführung und Eheschließung zwischen DDR-Bürgern und „Ausländern“ (15.9),
 - Beginn des Abbaus von Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze (29.2.–6.10.).
15. November Postabkommen, in dem sich die DDR verpflichtet, Postsendungen schneller zu befördern, ihre Verlustquote zu verringern, Geschenksendungen zu erleichtern und den Fernsprech- und Fernschreibverkehr auszubauen.

1984

25. Juli Kredit von 950 Mio. DM.
1. August Der Mindestumtausch für Rentner, die in die DDR oder nach Ost-Berlin reisen, wird ermäßigt, die mögliche Aufenthaltsdauer für Westdeutsche und West-Berliner in der DDR verlängert. DDR-Rentner dürfen bis zu 60 Tagen nicht nur Verwandte, sondern künftig auch Bekannte in der Bundesrepublik besuchen. Im grenznahen Verkehr sind Mehrfachberechtigungsscheine erlaubt.

1985

5. Juli Vereinbarungen über den innerdeutschen Handel (1986–1990), vor allem mit Kohle- und Mineralölprodukten, und den nicht-kommerziellen Zahlungsverkehr. Der zinslose Überziehungskredit (Swing) wird von bisher 600 auf 850 Millionen Verrechnungseinheiten erhöht.

1986

25. April Erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis (am 19.9. vertraglich besiegelt).
6. Mai Kulturabkommen, das die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft regelt.
26. August Besucher aus der DDR erhalten einmal im Jahr 100 DM Begrüßungsgeld (bisher zweimal 30 DM).
22. November Vereinbarung durch Notenaustausch über die „Rückführung kriegsbedingt ausgelagerten Kulturguts“.

1987

- 7.–11. September Arbeitsbesuch Erich Honeckers mit dem Abkommen vom 8. September:
1. über den Informationsaustausch in den Bereichen Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Natur- und Waldschutz, Abfallwirtschaft sowie über grenzüberschreitende Umweltbelastungen, z.B. an Werra und Elbe;
 2. über den Strahlenschutz zur gegenseitigen Information über kerntechnische Anlagen sowie über erhöhte Werte der Radioaktivität;
 3. über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik. Als konkrete Kooperationsprojekte sind die AIDS-Forschung, die Rauchgasentschwefelung, die Biotechnologie und die Bausubstanzunterhaltung vorgesehen.
9. November Auf der Grundlage des Kulturabkommens (6.5.1986) verständigen sich Vertreter der Bundesregierung und der DDR-Regierung auf rund 100 Vorhaben der kulturellen Zusammenarbeit für die Jahre 1988/89.

1988

31. März Vereinbarung zwischen Senat von West-Berlin und Ministerrat der DDR über Gebietsaustausch in Berlin (vollzogen am 1. Juli).
14. September Vereinbarung über Neuregelungen im Transitverkehr. Die Transitpauschale wird von 525 auf 860 Mill. DM jährlich erhöht.
14. Dezember Veröffentlichung einer Verordnung zur Regelung der „Westreisen“, die am 1.1.1989 in Kraft tritt. Sie sieht zwar ein Beschwerderecht bei Ablehnung von Reiseanträgen vor. Nach Protesten aus der Bevölkerung wird die Reiseverordnung zum 1.4.1989 geändert: Personenkreis und Besuchsanlässe werden erweitert.

1989

- ab Juli Massenflucht von DDR-Bürgern.